

## Ernährungssouveränität versus Ernährungssicherheit – Via Campesina (1999)\*

von Jutta Uhlenbusch

*»La Via Campesina« heißt übersetzt »Der bäuerliche Weg« und steht für eine bäuerliche Wirtschaft im Gegensatz zur Agrobusiness-Landwirtschaft und zum neoliberalen Wirtschaftsmodell. La Via Campesina oder in der Kurzform Via Campesina ist ein internationaler Zusammenschluss unterschiedlichster Organisationen von Menschen, die von der Landwirtschaft leben, leben wollen bzw. leben müssen. Es sind Verbände von Bäuerinnen und Bauern, die kleine und mittlere Betriebe bewirtschaften, Frauenorganisationen, Vereinigungen von LandarbeiterInnen, von Landlosen und Organisationen indigener Bevölkerungsgruppen in Asien, Amerika, Europa und Afrika. – der vorliegende Beitrag stellt das Mitte der 1990er-Jahre entwickelte Konzept der »Ernährungssouveränität« vor und dokumentiert zentrale agrarpolitische Forderungen, die sich hieraus ergeben.*

Auf dem ersten Blick erscheint Via Campesina als ein Zusammenschluss von völlig unterschiedlichen Gruppen wie etwa die brasilianische Landlosenbewegung MST (»Movimento dos Sem Terra«), die kanadische National Farmers Union oder die Europäische Bauernkoordination CPE. Jedoch sind sich alle Via Campesina-Mitgliedsgruppen darin einig, die globalen Bemühungen um eine weitere Liberalisierung des Agrarhandels, die die Welthandelsorganisation (WTO) betreibt, abzulehnen. Denn der »Frei«-Handel wurde in den letzten Jahren erheblich ausgedehnt. So werden nun neben den Agrarprodukten auch die für die Landwirtschaft besonders folgenreichen Aspekte wie Rechte geistigen Eigentums (Patente auf Lebewesen oder Saatgut) und die Liberalisierung der Regeln für internationale Investitionen in die weltweiten Handelsverhandlungen einbezogen. Aus diesem Grund befürchten besonders die Bauernorganisationen in den Ländern des Südens, dass weiterer, unerträglicher Druck auf die Landbevölkerung ausgeübt und die Nahrungsmittelproduktion für den einheimischen Markt durch Exportlandwirtschaft und/oder billige Importe immer mehr zurückgedrängt wird. Die Folge wäre ein zunehmender Verlust an Handlungsspielraum nationaler Agrarpolitik.

### Der bäuerliche Weg

Gerade die Bauernbewegungen der hochverschuldeten Entwicklungsländer haben sich in Via Campesina

organisiert, vor allem in Lateinamerika und Asien. Aber auch die Europäische Bauernkoordination (CPE) mit Sitz in Brüssel gehört als Gründungsmitglied in Europa zu Via Campesina. Die CPE, ein Dachverband mit 17 Mitgliedsorganisationen in elf Ländern, setzt sich für eine sozial und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft in Europa ein und lehnt die in der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik zunehmende Exportorientierung in Richtung Weltmarkt ab. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) wurde über die Mitgliedschaft in der CPE Mitglied bei Via Campesina.

Gegründet wurde Via Campesina 1993 während einer internationalen Konferenz in Mons/Belgien. An der zweiten Konferenz im April 1996 in Tlaxcala/Mexiko nahmen bereits Vertreterinnen und Vertreter von 69 Organisationen aus 37 Ländern teil. Alle drei Jahre trifft sich diese Konferenz aus Delegierten der Mitgliedsorganisationen als höchstes Entscheidungsgremium. Sie wählt die »Internationale Koordinierungskommission«, in der die Regionen der Via Campesina vertreten sind: Südamerika, Mittelamerika/Karibik, Nordamerika, Osteuropa, Westeuropa, Nord- und Südostasien und Südasien. Zurzeit gehören VertreterInnen von Organisationen aus Brasilien, Honduras, Kuba, Kanada, Spanien (CPE), Polen, Indien und Thailand zu dieser Kommission. Die dritte

\* Der kritische Agrarbericht 1999, S. 79-83.

Via Campesina-Konferenz wird Ende 1999 in der indischen Stadt Bangalore stattfinden. Momentan steht Via Campesina vor der Aufgabe, gleichzeitig zu wachsen, also weitere Mitgliedsorganisationen aufzunehmen, und an den internen Organisations- und Kommunikationsstrukturen zu arbeiten. Erklärtes Ziel ist es, sich zur weltweit repräsentativen Organisation kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher ErzeugerInnen zu entwickeln. Für Via Campesina als politisch komplexe, multikulturelle Organisation erfordert das erhebliche Anstrengungen im Hinblick auf Kommunikation und Koordination zwischen den Regionen und den jeweiligen Mitgliedsorganisationen.

Das von Via Campesina entwickelte Konzept der Ernährungssouveränität wurde in Tlaxcala angedacht und definiert als Kontrolle, die die kleinen und mittleren Produzentinnen und Produzenten über Land, Wasser, Saatgut und die natürlichen Ressourcen insgesamt ausüben. Mit diesem Konzept mischt sich Via Campesina in die Auseinandersetzungen um die Zukunft der Ernährung der Weltbevölkerung ein. Der eigentlich gebräuchlichere und bekanntere Begriff Ernährungssicherheit beinhaltet für Via Campesina nicht die wesentliche soziale und politische Dimension.

### **Das Konzept der Ernährungssouveränität**

Paul Nicholson ist Mitglied der baskischen Bauernorganisation EHNE und Vertreter der Region Westeuropa (CPE) in der Internationalen Koordinierungskommission von Via Campesina. Er bewirtschaftet in Izpaster im spanischen Baskenland einen kleinen Obstbau- und Forstbetrieb. In einem Gespräch erläuterte er das Konzept der Ernährungssouveränität und die Hintergründe dieses Konzeptes<sup>1</sup>:

»Via Campesina hatte bereits auf seiner zweiten Konferenz Anfang 1996 begonnen, über das Konzept der Ernährungssouveränität nachzudenken. Der Welternährungsgipfel in Rom im November 1996 hat die Mitgliedsorganisationen dann praktisch gezwungen, eine entsprechende Strategie zu entwickeln. Im Zusammenhang mit dem Gipfel hat der Begriff Ernährungssicherheit sehr viele Reaktionen aller Via Campesina-Organisationen in allen Ländern hervorgerufen. Ernährungssicherheit bedeutet ja besonders in der Vorstellung der Vertreter der US-Regierung und der WTO nur das Recht zu essen und sichert nicht die Kapazität jeder Nation, ihre eigenen Nahrungsmittel zu produzieren. Wir hingegen verstehen unter Ernährungssouveränität das Recht, Lebensmittel zu produzieren und nicht allein das Recht, Lebensmittel zu essen. Ernährungssouveränität braucht sowohl eine politische als auch eine landwirtschaftliche Grundlage. Dazu gehören Landreformen, also der Zugang zu

Land ebenso wie die nachhaltige Nutzung des Landes, was z. B. hier in Europa eine bedeutende Rolle spielt. Die Erhaltung der Biodiversität und der Verbleib der Kontrolle über das Saatgut in den Händen der bäuerlichen Gemeinschaften und damit der Kampf gegen Patente auf Lebewesen gehören ebenso dazu wie Frieden. Es ist nicht möglich, Ernährungssouveränität in Konfliktsituation zu erzielen.

Als wir die Ernährungssouveränitäts-Strategie entwickelt haben, wurde sie von allen Via Campesina-Organisationen aller Kontinente übernommen. Auch für uns hier in Europa ist diese Strategie sehr nützlich. Sie ist nicht protektionistisch, sie ist solidarisch. Und es ist klar, dass Ernährungssouveränität in einer weltmarktorientierten Landwirtschaft nicht möglich ist. Meine Organisation, die baskische Bauernorganisation EHNE, gebraucht das Konzept hier in Europa auch um eine regionalisierte Ökonomie zu verteidigen, die auf lokaler landwirtschaftlicher Erzeugung und Vermarktung beruht.

Deshalb geht es auch bei der Diskussion um die Agenda 2000 um Ernährungssouveränität. Ich denke, dass die WTO-Politik eine klare Einmischung in die Kapazität jeder Region, jeder Nation und jedes Kontinents bedeutet, eine eigene Agrarpolitik zu entwickeln. Und es ist klar, dass jedes Land die Möglichkeit haben muss, Agrar- und Ernährungspolitiken selbst zu entwickeln und die Ressourcen des Landes nach eigenen Vorstellungen zu bewirtschaften. Und das erfordert gegenseitige Abkommen. Was Europa zum Beispiel nicht machen sollte: die Landwirtschaft am Export für den Weltmarkt ausrichten und gleichzeitig die eigenen Grenzen schützen. Aber gerade das passiert in der EU, dass die landwirtschaftliche Produktion Richtung Export orientiert wird mit dem Ziel, den Welthandel mit Lebensmitteln gemeinsam mit den USA zu dominieren. In diesem Fall ist die EU kein Opfer, sondern gemeinsam mit den USA Vorreiter dieser liberalen Politik. Das schafft Widersprüche in Europa. Für die CPE ist klar, dass die USA und die EU in der WTO-Politik eine gemeinsame Strategie verfolgen.

Die Strategie zur Umsetzung unseres Konzeptes der Ernährungssouveränität ist gleichzeitig global und lokal. Via Campesina ist eine Bewegung aus Organisationen der verschiedenen Kontinente und hängt von den Aktivitäten der Regionen ab. In diesem Sinn erfolgt z. B. in Indien die Verteidigung der Biodiversität, die Verteidigung einer regionalen Handelsstruktur und der Kampf gegen die exportorientierte Produktion. In Brasilien besetzt die Landlosenbewegung MST Land, um zuerst für den lokalen Bedarf zu produzieren. Ernährungssouveränität bedeutet eben nicht Subsistenzlandwirtschaft, sondern Selbstversorgung und Produktion für den regionalen Markt. Auch für die afrikanischen Organisationen ist dies eine grund-

legende Strategie, die von den lokalen Gemeinschaften umgesetzt wird. In Via Campesina identifizieren sich alle Organisationen mit diesem landwirtschaftlichen Modell. Es ist offensichtlich, dass das exportorientierte Modell in Ländern, die einen gewissen technischen Fortschritt durchgemacht haben und die hoch verschuldet sind, zu großen Konflikten führt, wie wir jetzt in Mexiko sehen. Die exportorientierte Landwirtschaft steht im Gegensatz zur Lebensmittelproduktion für die lokale Bevölkerung.

Es ist wichtig zu sagen, dass es während des Welternährungsgipfels in Rom bei den NGOs Widerstand gegen das Ernährungssouveränitätskonzept gab. In Rom beim NGO-Forum wurde das Konzept abgelehnt und im Abschlussdokument der Begriff »Ernährungssouveränität« nicht einmal erwähnt. Das hängt mit der politischen Nebenbedeutung des Wortes Souveränität zusammen. Wenn es nicht richtig erklärt wird, kann es für ein nationalistisches Konzept gehalten werden. Das ist jedoch nicht in unserem Sinn. Wir entwickeln die Landwirtschaft nicht, um die Landwirtschaft anderer Länder zu bekämpfen. Inzwischen beginnen jedoch zahlreiche NGOs in vielen Ländern, mit dem Konzept zu arbeiten. Das ist sehr positiv. Und das Gute ist, es wird nicht in einem eigennützigen, unsolidarischen Zusammenhang verstanden, sondern es wird die Notwendigkeit erkannt, dass jedes Land seine eigene interne Agrarpolitik entwickeln muss. Und gerade jetzt, aufgrund der WTO, Codex Alimentarius und Harmonisierungsprozesse des Welthandels verlieren die nationalen Regierungen und Parlamente alle Macht, um ihre eigene Politik zu entwickeln. Qualität, Verbraucherwünsche und Verbrauchergewohnheiten werden durch die WTO und damit durch die Interessen der transnationalen Konzerne determiniert.«

### **Ernährungssouveränität – eine Zukunft ohne Hunger**

In dem anlässlich des Welternährungsgipfels in Rom veröffentlichten Dokument *Das Recht zu produzieren und auf Zugang zu Land* stellt Via Campesina den Beitrag der landwirtschaftlichen Produzentinnen und Produzenten für die Ernährungssicherung der Weltbevölkerung heraus:

»Wir, die Via Campesina, eine wachsende Bewegung von Landarbeiter- und Bauernverbänden und Organisationen indigener Bevölkerungsgruppen aus allen Regionen der Welt wissen, dass Ernährungssicherheit nicht erreicht werden kann, ohne diejenigen voll zu berücksichtigen, die die Nahrungsmittel produzieren. Kein Vorhaben, das unseren Beitrag ignoriert, wird es schaffen, Armut und Hunger auszurotten. Nahrung ist ein grundlegendes Menschenrecht. Dieses Recht kann jedoch nur innerhalb eines Systems, das Ernährungs-

souveränität garantiert, umgesetzt werden. Ernährungssouveränität bedeutet das Recht jeder Nation, die eigene Kapazität zur Produktion von Grundnahrungsmitteln aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Kulturelle und produktive Vielfalt müssen dabei respektiert werden. Wir haben das Recht, unsere Lebensmittel auf unserem eigenen Land zu produzieren. Ernährungssouveränität ist Vorbedingung für echte Ernährungssicherheit.

Wir, die Via Campesina, weisen die ökonomischen und politischen Bedingungen zurück, die unsere Gemeinschaften, unsere Kulturen und unsere natürliche Umgebung zerstören. Die Handelsliberalisierung und die Wirtschaftspolitik der strukturellen Anpassung haben Armut und Hunger in der Welt globalisiert und zerstören lokale Produktionskapazitäten und ländliche Gesellschaften. Diese Agenda der Konzerne nimmt keine Rücksicht auf Ernährungssicherheit für die Menschen. Es ist ein ungerechtes System, das Natur und Menschen als Mittel zum Zweck behandelt mit dem einzigen Ziel, Profite für wenige zu erzeugen. Landarbeitern und Kleinbauern wird der Zugang zu und die Kontrolle über Land, Wasser, Saatgut und natürliche Ressourcen verwehrt. Unsere Antwort auf dieses zunehmend feindliche Umfeld ist, diese Bedingungen kollektiv in Frage zu stellen und Alternativen zu entwickeln. Wir sind entschlossen, ländliche Ökonomien zu entwickeln, die auf dem Respekt vor uns selbst und der Erde, auf Ernährungssouveränität und fairem Handel beruhen. Frauen spielen eine zentrale Rolle für die Ernährungssouveränität sowohl im Haushalt als auch im öffentlichen Leben. Deshalb haben sie ein innewohnendes Recht auf Ressourcen für Nahrungsmittelproduktion, auf Land, Kredit, Kapital, Technologie, Ausbildung und soziale Dienste, und auf gleiche Möglichkeiten, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und anzuwenden.

Wir sind überzeugt, dass das globale Problem der Ernährungsunsicherheit gelöst werden kann und muss. Ernährungssouveränität kann nur erreicht werden durch Solidarität und den politischen Willen, Alternativen einzuführen. Langfristige Ernährungssicherheit hängt von denen ab, die die Nahrungsmittel produzieren und die natürliche Umgebung pflegen. Als Bewirtschafter der lebensmittelproduzierenden Ressourcen halten wir die folgenden Prinzipien für die notwendige Grundlage, um Ernährungssicherheit zu erreichen.

#### ► *Nahrung – ein menschliches Grundrecht*

Das Recht auf Nahrung ist ein menschliches Grundrecht. Jeder muss Zugang haben zu sicherer, nahrhafter und kulturell angemessener Nahrung in ausreichender Quantität und Qualität, um ein gesundes Leben in menschlicher Würde führen zu können. Jede

Nation sollte den Zugang zu Lebensmitteln zum konstitutionellen Recht erklären und die Entwicklung des primären Sektors garantieren, um die konkrete Umsetzung dieses fundamentalen Rechtes abzusichern.

► *Agrarreform für Ernährungssouveränität*

Wir fordern eine ernsthafte Agrarreform, die den Landlosen und Bauern – besonders Frauen – ermöglicht, das Land, das sie bearbeiten, zu besitzen und zu kontrollieren und eine Landreform, die den indigenen Völkern ihr Land zurückgibt. Das Recht auf Land muss unabhängig sein von Geschlecht, Religion, Rasse, sozialer Klasse oder Ideologie; Land gehört denen, die es bearbeiten. Bäuerliche Familien – und besonders Frauen – müssen zu produktivem Land, zu Krediten, Technologien, Märkten und Beratungsdiensten Zugang haben. Regierungen müssen dezentralisierte ländliche Kreditsysteme einrichten und unterstützen, die die Lebensmittelproduktion für den heimischen Bedarf in den Vordergrund stellen sowie die Ernährungssouveränität sichern. Die Produktionskapazität und nicht das Land sollte als Sicherheit verwendet werden, um die Kredite zu garantieren. Um junge Leute zu ermutigen, als produktive Bürger in ländlichen Gemeinden zu bleiben, muss die Arbeit in der Agrarproduktion und der Pflege des Landes ausreichend gewertet werden, sowohl in sozialer als auch in ökonomischer Hinsicht. Regierungen müssen öffentliche Mittel langfristig in die Entwicklung einer sozial und ökologisch angemessenen ländlichen Infrastruktur investieren.

► *Natürliche Ressourcen schützen*

Ernährungssouveränität erfordert die nachhaltige Pflege und Nutzung der natürlichen Ressourcen, insbesondere von Land, Wasser und Saatgut. Wir, die das Land bearbeiten, müssen das Recht haben, ein nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen zu praktizieren und die biologische Vielfalt zu bewahren. Dies kann nur auf einer intakten ökonomischen Basis, mit gesicherten Besitzverhältnissen, gesunden Böden und reduziertem Gebrauch von Agrochemikalien umgesetzt werden. Langfristige Nachhaltigkeit erfordert eine Abkehr der Abhängigkeit von chemischen Inputs, von *cash crop*-Monokulturen und intensiven, industrialisierten Produktionsmodellen. Ausgeglichene und vielfältige natürliche Systeme sind erforderlich. Genetische Ressourcen sind das Resultat jahrtausendelanger Evolution und Eigentum der gesamten Menschheit. Sie repräsentieren die sorgfältige Arbeit und das Wissen vieler Generationen ländlicher und indigener Bevölkerungsgruppen. Die Patentierung und Vermarktung genetischer Ressourcen durch private Firmen muss untersagt werden. Die Vereinbarung der WTO über

Rechte geistigen Eigentums ist unannehmbar. Bäuerliche Gemeinden haben das Recht des freien Gebrauchs und des Schutzes der diversen genetischen Ressourcen, einschließlich Saatgut, welche sie selbst im Lauf der Geschichte entwickelt haben. Dies ist die Basis für Ernährungssouveränität.

► *Den Lebensmittelhandel reorganisieren*

Lebensmittel sind zuerst und zuvorderst eine Nahrungsquelle und nur in zweiter Linie Handelsartikel. Nationale Agrarpolitiken müssen die Produktion für den heimischen Verbrauch in den Vordergrund stellen. Lebensmittelimporte dürfen weder die lokale Produktion verdrängen noch die Preise drücken. Dies bedeutet, dass Exportdumping oder subventionierter Export aufhören muss. Die bäuerliche Bevölkerung hat das Recht, die wesentlichen Grundnahrungsmittel für ihre Länder zu produzieren und die Vermarktung ihrer Produkte zu kontrollieren. Lebensmittelpreise auf heimischen und internationalen Märkten müssen reguliert werden und die wahren Produktionskosten dieser Lebensmittel wiedergeben. Dies würde den bäuerlichen Familien adäquate Einkommen sichern. Es ist unannehmbar, dass der Lebensmittelhandel weiterhin auf der ökonomischen Ausbeutung der Schwächsten – der am wenigsten verdienenden Produzenten – und der weiteren Degradierung der Umwelt begründet bleibt. Es ist gleichermaßen unannehmbar, dass Entscheidungen zu Handel und Produktion zunehmend vom Bedarf an ausländischer Währung diktiert werden, um hohe Schuldendienste zu bedienen. Diese Schulden belasten die ländlichen Bevölkerungen unverhältnismäßig. Wir fordern, dass diese Schulden gestrichen werden.

► *Schluss mit der Globalisierung des Hungers*

Ernährungssouveränität wird unterminiert durch multilaterale Institutionen und spekulatives Kapital. Die wachsende Kontrolle multinationaler Konzerne über die Agrarpolitiken ist durch die Wirtschaftspolitik multilateraler Organisationen wie WTO, Weltbank und IWF erleichtert worden. Wir fordern die Regulierung und Besteuerung von spekulativem Kapital und einen streng durchzusetzenden Verhaltenskodex für transnationale Konzerne.

► *Sozialer Friede als Vorbedingung*

Jeder hat das Recht, frei von Gewalt zu leben. Nahrungsmittel dürfen nicht als Waffe benutzt werden. Steigende Armut und Marginalisierung auf dem Lande, gemeinsam mit der zunehmenden Unterdrückung ethnischer Minderheiten und indigener Bevölkerungsgruppen, verschlimmern Ungerechtigkeit und Hoffnungslosigkeit. Die fortschreitende Verdrängung, zwangsweise Urbanisierung und Re-

pression von Bauern kann nicht toleriert werden. Wir klagen das steigende Vorkommen von Rassismus auf dem Lande an.

► *Demokratische Kontrolle*

Bäuerinnen und Bauern müssen direkten Einfluss haben bei der Formulierung von Agrarpolitiken auf allen Ebenen. Das betrifft auch den laufenden Welternährungsgipfel der FAO, von dem wir ausgeschlossen worden sind. Die UN und die damit verbundenen Organisationen werden einen Demokratisierungsprozess durchlaufen müssen, damit dies Wirklichkeit werden kann. Jeder hat das Recht auf ehrliche, genaue Information und offene, demokratische Entscheidungsfindung. Diese Rechte bilden die Basis von gutem Regierungshandeln (»good governance«), von Verantwortlichkeit und gleichberechtigter Partizipation im ökonomischen, politischen und sozialen Leben. Besonders den in der Landwirtschaft tätigen Frauen muss direkte und aktive Teilnahme an Entscheidungen zu Fragen von Ernährung und Landwirtschaft garantiert werden.«

Die dargelegten Prinzipien der Ernährungssouveränität sind nun, seit dem Welternährungsgipfel in Rom [1996], Grundlage für Weiterentwicklung und Umsetzung des Konzepts innerhalb der Mitgliedsorganisationen von Via Campesina, dienen aber darüber hinaus der Erarbeitung gemeinsamer Strategien mit entwicklungspolitisch engagierten Nichtregierungsorganisationen. Letztendlich sollen auch innerhalb der multilateralen Institutionen transparente und demokratische Entscheidungsprozesse Einzug halten, sodass der Beitrag der bäuerlichen Bevölkerung zur Sicherung der Welternährung in Zukunft entsprechend gewürdigt wird. Anlässlich der Genfer WTO-Ministerkonferenz vom Mai 1998 forderte Via Campesina: »Stoppt die Verhandlungen über Landwirtschaft in der Welthandelsorganisation (WTO)«. <sup>3</sup> In ihrem an Regierungen und internationale Institutionen gerichteten Forderungskatalog verlangt die internationale Bauernorganisation unter anderem,

alle Verhandlungen über Nahrungsmittelproduktion und -vermarktung aus der WTO herauszunehmen. Ferner wird gefordert, die Ernährungssouveränität aller Länder zu gewährleisten und jedem das Recht zu geben, seine eigene Agrarpolitik zu definieren, um seine internen Bedürfnisse abzudecken. Das schließt das Recht ein, Importe zu verbieten, um die heimische Produktion zu schützen und Agrarreformen durchzuführen, die den Menschen Zugang zu Land ermöglichen. Auch mit diesem Papier zur WTO hat Via Campesina wieder Anregungen für die agrar- und handelspolitische Debatte gegeben. Es bleibt zu hoffen, dass die Via Campesina-Standpunkte zur Ernährungssouveränität und zur WTO breit diskutiert werden und dass dieser Artikel dazu anregt, sich mit den Positionen von Via Campesina zu beschäftigen.

**Anmerkungen**

- 1 Dieses Konzept der Ernährungssouveränität wurde von Paul Nicholson in einem ausführlich geführten Telefonat am 20. Juni 1998 mit der Autorin dargestellt.
- 2 Via Campesina: *The Right to Produce and Access to Land. Food Sovereignty: A Future without Hunger* (Das Recht, zu produzieren und auf Zugang zu Land. Ernährungssouveränität: eine Zukunft ohne Hunger). Positionspapier zum Welternährungsgipfel in Rom, 11. bis 17. November 1996. Übersetzung: Jutta Uhlenbusch.
- 3 Via Campesina: »Stop agricultural negotiations in the World Trade Organisation (WTO). We demand food sovereignty for all peoples, acces to land and the right to produce.« Übersetzung: Stoppt die Verhandlungen über Landwirtschaft in der Welthandelsorganisation (WTO). Wir fordern: Ernährungssouveränität für alle Völker, Zugang zu Land und das Recht, zu produzieren.] Erklärung der internationalen Bäuerinnen- und Bauernbewegung Via Campesina vom 17. Mai 1998 zur WTO-Ministerrunde in Genf. Deutsche Fassung siehe BUKO Agrar Info Nr. 71 vom Mai/Juni 1998. Übersetzung: Jutta Uhlenbusch.

**Jutta Uhlenbusch**

Diplom-Agraringenieurin, arbeitete von 1991 bis 1996 mit dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) als Entwicklungshelferin in Brasilien und hat den vorliegenden Text als Mitarbeiterin bei der AbL für »Internationale Agrarfragen« geschrieben.